

Mag. Gerhard Pichler Wirtschaftsprüfung
und Steuerberatung GmbH
3003 Gablitz, Lessinggasse 53

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2020

MuseumsQuartier Errichtungs- und
BetriebsgesmbH
Wien

Inhaltsverzeichnis

1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung	2 - 3
2. Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses	4 - 7
2.1. Aktiva	4 - 5
2.2. Passiva	6
2.3. Gewinn- und Verlustrechnung	7
3. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses	8
3.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung und Jahresabschluss	8
3.2. Erteilte Auskünfte	8
3.3. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs 2 und Abs 3 UGB (Ausübung der Redepflicht)	8
4. Bestätigungsvermerk	9 - 11

Beilagenverzeichnis:

Jahresabschluss

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020

Bilanz zum 31. Dezember 2020	I
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2020	II
Anhang 2020	III

Andere Beilagen

Betriebswirtschaftliche Darstellungen	IV
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB) 2018	V

An die Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats der
MuseumsQuartier Errichtungs- und BetriebsgesmbH
Wien

Wir haben die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2020 der

MuseumsQuartier Errichtungs- und BetriebsgesmbH,
Wien,

(im Folgenden auch kurz "Gesellschaft" genannt)

abgeschlossen und erstatten über das Ergebnis dieser Prüfung den folgenden **Bericht**:

1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung

In der Generalversammlung vom 13. April 2016 der MuseumsQuartier Errichtungs- und BetriebsgesmbH, Wien, wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2020 gewählt bzw. bestellt. Die Gesellschaft, vertreten durch den Aufsichtsrat, schloss mit uns einen **Prüfungsvertrag**, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 unter Einbeziehung der Buchführung gemäß den §§ 269 ff UGB zu prüfen.

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine **kleine Kapitalgesellschaft** iSd § 221 UGB.

Bei der gegenständlichen Prüfung handelt es sich um eine **Pflichtprüfung** auf Grund der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages.

Diese **Prüfung erstreckte sich darauf**, ob bei der Erstellung des Jahresabschlusses und der Buchführung die gesetzlichen Vorschriften beachtet wurden.

Bei unserer Prüfung beachteten wir die in Österreich geltenden **gesetzlichen Vorschriften** und die **berufüblichen Grundsätze** ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der internationalen Prüfungsstandards (International Standards on Auditing). Wir weisen darauf hin, dass die Abschlussprüfung mit hinreichender Sicherheit die Richtigkeit des Abschlusses gewährleisten soll. Eine absolute Sicherheit lässt sich nicht erreichen, weil jedem internen Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern immanent ist und auf Grund der stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass wesentliche falsche Darstellungen im Jahresabschluss unentdeckt bleiben. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

Wir führten die Prüfung mit Unterbrechungen im Zeitraum von Jänner bis März 2021 überwiegend in den Räumen der Gesellschaft in Wien durch. Die Prüfung wurde mit dem Datum dieses Berichts materiell abgeschlossen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages ist **Herr Mag. Helmut KNITTELFELDER, Wirtschaftsprüfer, verantwortlich**.

Grundlage für unsere Prüfung ist der mit der Gesellschaft abgeschlossene Prüfungsvertrag, bei dem die von der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer (KSW) herausgegebenen "Allgemeinen **Auftragsbedingungen** für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB)" einen integrierten Bestandteil bilden. Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen der Gesellschaft und dem Abschlussprüfer, sondern auch gegenüber Dritten. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer gegenüber der Gesellschaft und gegenüber Dritten kommt § 275 UGB zur Anwendung.

Unsere Verantwortlichkeit und Haftung für nachgewiesene Vermögensschäden aufgrund einer fahrlässigen Pflichtverletzung bei der Prüfung wird analog zu § 275 Abs 2 UGB (Haftungsregelung bei der Abschlussprüfung einer kleinen oder mittelgroßen Gesellschaft) mit 2 Millionen Euro begrenzt. Die mit dem Auftraggeber vereinbarte und hier offengelegte Beschränkung unserer Haftung gilt auch gegenüber jedem Dritten, der im Vertrauen auf unseren Bestätigungsvermerk über die von uns durchgeführte Abschlussprüfung Handlungen setzt oder unterlässt.

Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses

MuseumsQuartier Errichtungs- und BetriebsgesmbH

2. Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses

Alle erforderlichen Aufgliederungen und Erläuterungen von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses sind im Anhang des Jahresabschlusses enthalten. Wir verweisen daher auf die entsprechenden Angaben der Geschäftsführung im Anhang des Jahresabschlusses.

Im Folgenden werden die wesentlichen Positionen des Jahresabschlusses aufgliedert und erläutert.

2.1. Aktiva

A. Anlagevermögen

II. Sachanlagen

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund

Buchwertentwicklung:

	€
Stand 01.01.2020	35.544.297,34
Zugang	1.583.616,20
Umbuchung Zugang	6.169.521,63
Abschreibung	-6.135.661,50
Stand 31.12.2020	<u>37.161.773,67</u>

Die Zugänge bzw. Umbuchungszugänge betreffen im Wesentlichen den im Geschäftsjahr 2020 fertiggestellten und in Betrieb genommenen Dachaufbau MQ Libelle.

2. Betriebs- und Geschäftsausstattung

Buchwertentwicklung:

	€
Stand 01.01.2020	1.626.582,17
Zugang	609.783,93
Umbuchung Zugang	172.741,79
Buchwert Abgang	-9.178,02
Abschreibung	-627.141,27
Stand 31.12.2020	<u>1.772.788,60</u>

Die Zugänge betreffen im Wesentlichen das Mobilar und die Technik der MQ Libelle sowie Hofmöbel und die Performance Passage.

Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses

MuseumsQuartier Errichtungs- und BetriebsgesmbH

3. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau

Buchwertentwicklung:

	€
Stand 01.01.2020	6.363.002,30
Zugang	4.160,00
Buchwert Abgang	-2.137,00
Umbuchung Abgang	-6.342.263,42
Stand 31.12.2020	22.761,88

Die Umbuchungsabgänge betreffen im Wesentlichen das Projekt MQ Libelle.

B. Umlaufvermögen

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

2. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände

	31.12.2020 €	31.12.2019 €
Kostenersatz Bund	4.200.000,00	4.200.000,00
Finanzamt Wien 3/6/7/11/15 Schwechat Gerasdorf	120.975,82	339.295,99
Verrechnung Hausverwaltung Stingl	69.909,11	44.570,30
Übrige	391.431,19	465.851,79
	4.782.316,12	5.049.718,08

Die Position "Kostenersatz Bund" betrifft die gegenüber der Republik Österreich bestehende Forderung aus dem Titel des Kostenersatzanspruchs auf Basis gesetzlicher Bestimmungen und steht im Zusammenhang mit dem Bau der MQ Libelle. Die übrigen sonstigen Forderungen betreffen im Wesentlichen Forderungen gegenüber der Stadt Wien (MA 7) aus dem Ersatz von Instandsetzungsverpflichtungen sowie Abgrenzungen für COVID-19 Beihilfen.

Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses

MuseumsQuartier Errichtungs- und BetriebsgesmbH

2.2. Passiva

A. Eigenkapital

II. Gewinnrücklagen

1. zweckgewidmete Rücklagen

Die zweckgewidmeten Rücklagen resultieren aus eingesparten Budgetmitteln seit dem Geschäftsjahr 2014/15 und sind von der Gesellschaft für zukünftige Projekte im Rahmen der Regeln des Gesellschaftsvertrages zu verwenden. Zur Entwicklung dieses Postens verweisen wir auf den Anhang.

B. Investitionszuschüsse

Auf Basis gesetzlicher bzw. vertraglicher Grundlagen erfolgt die Übernahme sämtlicher Investitionsposten im Anlagevermögen der Gesellschaft durch die Republik Österreich oder der Stadt Wien.

In der Bilanz wird korrespondierend zur Aktivierung im Anlagevermögen ein Passivposten "Investitionszuschüsse" ausgewiesen.

Zur Entwicklung dieses Postens verweisen wir auf den Anhang.

D. Verbindlichkeiten

3. sonstige Verbindlichkeiten

Zusammensetzung:

	31.12.2020 €	31.12.2019 €
Bundesfinanzierungsagentur	4.199.599,88	4.200.000,00
Erhaltene Kautionen	250.788,98	291.585,18
Wiener Gebietskrankenkasse	59.093,22	61.083,01
Finanzamt	1.021,22	8.366,44
Übrige	14.992,07	18.761,16
	<u>4.525.495,37</u>	<u>4.579.795,79</u>

Die Position "Bundesfinanzierungsagentur" betrifft einen langfristigen Rahmendarlehensvertrag mit der ÖBFA zur Finanzierung der MQ Libelle.

Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses

MuseumsQuartier Errichtungs- und BetriebsgesmbH

2.3. Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse betreffen zum überwiegenden Teil Erlöse aus der Vermietung, darüber hinaus liegen Erlöse aus Ticketing, Shoperlöse sowie Erlöse Leitsystem vor.

2. sonstige betriebliche Erträge

Zusammensetzung:

	2020 €	2019 €
Auflösung Investitionszuschüsse	6.851.910,85	6.453.874,28
Verlustabdeckung Kostenersatz Bund	2.134.010,63	3.037.980,66
Marketingzuschuss Stadt Wien	416.000,00	416.000,00
Erträge aus Auflösung von Rückstellungen	213.406,06	3.310,25
Übrige	111.626,17	49.863,38
	<u>9.726.953,71</u>	<u>9.961.028,57</u>

Die Position "Verlustabdeckung Kostenersatz Bund" betrug im Geschäftsjahr 2020 €3.736.763,87 und hat sich durch die Auflösung der zweckgewidmeten Rücklagen in Höhe von €1.602.753,24 auf €2.134.010,63 reduziert. Die Erträge aus Auflösung von Rückstellungen resultiert aus einer anteiligen Auflösung der Rückstellungen für Betriebskostenrisiken.

6. sonstige betriebliche Aufwendungen

Zusammensetzung:

	2020 €	2019 €
Marketing und Werbung	1.213.301,61	1.315.585,41
Sonstige Betriebs- und Verwaltungskosten	470.045,89	561.222,22
Programmförderung	391.122,60	337.111,67
Rechts- und Beratungskosten	284.907,80	274.138,50
Instandhaltung, Wartung, Reinigung	224.208,15	298.477,57
	<u>2.583.586,05</u>	<u>2.786.535,37</u>

3. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses

3.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung und Jahresabschluss

Bei unseren Prüfungshandlungen stellten wir die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Grundsätze ordnungsmäßiger **Buchführung** fest.

Im Rahmen unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir - soweit wir dies für unsere Prüfungsaussage für notwendig erachteten - die internen Kontrollen in Teilbereichen des Rechnungslegungsprozesses in die Prüfung einbezogen.

Hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des **Jahresabschlusses** verweisen wir auf unsere Ausführungen im Bestätigungsvermerk.

3.2. Erteilte Auskünfte

Der gesetzliche Vertreter erteilte die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise. Eine vom gesetzlichen Vertreter unterfertigte Vollständigkeitserklärung haben wir zu unseren Akten genommen.

3.3. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs 2 und Abs 3 UGB (Ausübung der Redepflicht)

Bei Wahrnehmung unserer Aufgaben als Abschlussprüfer haben wir keine Tatsachen festgestellt, die den Bestand der geprüften Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße des gesetzlichen Vertreters oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Gesellschaftsvertrag erkennen lassen. Wesentliche Schwächen bei der internen Kontrolle des Rechnungslegungsprozesses sind uns nicht zur Kenntnis gelangt. Die Voraussetzungen für die Vermutung eines Reorganisationsbedarfs (§ 22 Abs 1 Z 1 URG) sind nicht gegeben.

4. Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der

**MuseumsQuartier Errichtungs- und BetriebsgesmbH,
Wien,**

bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der beigegefügte Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2020 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften, und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns bis zum Datum des Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu diesem Datum zu dienen.

Unsere Verantwortlichkeit und Haftung ist analog zu § 275 Abs 2 UGB (Haftungsregelungen bei der Abschlussprüfung einer kleinen oder mittelgroßen Gesellschaft) gegenüber der Gesellschaft und auch gegenüber Dritten mit insgesamt 2 Millionen Euro begrenzt.

Verantwortlichkeiten des gesetzlichen Vertreters und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die er als notwendig erachtet, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der gesetzliche Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit - sofern einschlägig - anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, der gesetzliche Vertreter beabsichtigt, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder hat keine realistische Alternative dazu.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der vom gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom gesetzlichen Vertreter dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch den gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.

Wir tauschen uns mit dem Aufsichtsrat unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.

Gablitz, am 4. März 2021

Mag. Gerhard Pichler Wirtschaftsprüfung
und Steuerberatung GmbH



Mag. Helmut KMITTELFELDER
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.

Aktiva	31.12.2020 €	31.12.2020 €	31.12.2019 €	Passiva	31.12.2020 €	31.12.2020 €	31.12.2019 €
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. eingefordertes Stammkapital		181.682,00	181.682,00
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Vorteile sowie daraus abgeleitete Lizenzen	58.041,19		118.896,53	übernommenes Stammkapital		363.364,00	363.364,00
2. geleistete Anzahlungen	0,00		9.030,44	nicht eingeforderte ausstehende Einlagen		-181.682,00	-181.682,00
		58.041,19	127.926,97	einbezahltes Stammkapital		181.682,00	181.682,00
II. Sachanlagen				II. Gewinnrücklagen		2.557.020,49	4.159.773,73
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem Grund	37.161.773,67		35.544.297,34	1. zweckgewidmete Rücklagen		2.738.702,49	4.341.455,73
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.772.788,60		1.626.582,17			39.015.365,34	43.661.808,78
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	22.761,88		6.363.002,30	B. Investitionszuschüsse			
		38.957.324,15	43.533.881,81	C. Rückstellungen			
		39.015.365,34	43.661.808,78	1. Rückstellungen für Abfertigungen	45.954,40		42.450,19
B. Umlaufvermögen				2. sonstige Rückstellungen	1.151.952,18		810.953,95
I. Vorräte						1.197.906,58	853.404,14
1. Waren		214.750,60	168.530,21	D. Verbindlichkeiten			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	58.214,72		88.616,76
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	328.352,79		459.755,11	davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	32.642,64		31.684,95
2. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	4.782.316,12		5.049.718,08	davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	25.572,08		56.931,81
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	4.200.000,00		4.200.000,00	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.154.388,80		2.039.456,55
		5.110.668,91	5.509.473,19	davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	1.103.322,05		2.039.456,55
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		4.530.733,03	6.414.417,99	davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	51.066,75		0,00
		9.856.152,54	12.092.421,39	3. sonstige Verbindlichkeiten	4.525.495,37		4.579.795,79
C. Rechnungsabgrenzungsposten		57.931,40	104.139,94	davon aus Steuern	6.979,60		14.629,69
Summe Aktiva		48.929.449,28	55.858.370,11	davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	59.093,22		61.083,01
				davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	385.497,49		4.579.795,79
				davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	4.139.997,88		0,00
				davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr		5.738.098,89	6.707.869,10
				davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr		1.521.462,18	6.650.937,29
						4.216.636,71	56.931,81
				E. Rechnungsabgrenzungsposten		239.375,98	293.832,36
				Summe Passiva		48.929.449,28	55.858.370,11

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

01.01.2020 bis 31.12.2020

	2020 €	2020 €	2019 €
1. Umsatzerlöse		6.346.627,09	8.184.695,97
2. sonstige betriebliche Erträge		9.726.953,71	9.961.028,57
3. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen			
a) Materialaufwand	122.945,83		249.887,04
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.693.688,95		5.855.874,11
		5.816.634,78	6.105.761,15
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.814.168,40		2.092.451,06
davon Kurzarbeitshilfe	-154.835,30		0,00
b) soziale Aufwendungen	619.819,13		635.837,97
		2.433.987,53	2.728.289,03
5. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		6.840.595,83	6.450.599,25
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		2.583.586,05	2.786.535,37
7. Zwischensumme aus Z 1 bis 6 (Betriebsergebnis)		-1.601.223,39	74.539,74
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		277,77	864,73
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		57,62	78,63
10. Zwischensumme aus Z 8 bis 9 (Finanzergebnis)		220,15	786,10
11. Ergebnis vor Steuern (Summe aus Z 7 und Z 10)		-1.601.003,24	75.325,84
12. Steuern vom Einkommen		1.750,00	1.750,00
13. Ergebnis nach Steuern		-1.602.753,24	73.575,84
14. Jahresfehlbetrag/-überschuss		-1.602.753,24	73.575,84
15. Auflösung von Gewinnrücklagen			
a) zweckgewidmete Rücklagen		1.602.753,24	0,00
16. Zuweisung zu Gewinnrücklagen			
a) zweckgewidmete Rücklagen		0,00	73.575,84
17. Jahresgewinn		0,00	0,00

A N H A N G

MuseumsQuartier Errichtungs- und BetriebsgesmbH

Geschäftsjahr 2020

Inhaltsverzeichnis

1.	BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN.....	3
1.1.	Allgemeine Grundsätze	3
1.2.	Anlagevermögen	4
1.2.1.	Immaterielle Vermögensgegenstände	4
1.2.2.	Sachanlagevermögen	4
1.3.	Vorräte	5
1.4.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5
1.5.	Rückstellungen	5
1.6.	Verbindlichkeiten	5
2.	ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ.....	6
2.1.	Anlagevermögen	6
2.1.1.	Immaterielle Vermögenswerte	6
2.1.2.	Sachanlagen	6
2.2.	Umlaufvermögen	6
2.2.1.	Vorräte	6
2.2.2.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7
2.2.3.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7
2.2.4.	Sonstige Forderungen	7
2.3.	Aktive Rechnungsabgrenzung	8
2.3.1.	Transitorische Posten.....	8
2.4.	Eigenkapital.....	9
2.4.1.	Stammkapital	9
2.4.2.	Gewinnrücklagen	9
2.4.3.	Investitionszuschüsse aus öffentlichen Mitteln	9
2.5.	Rückstellungen	10
2.5.1.	Rückstellungen für Abfertigungen	10
2.5.2.	Sonstige Rückstellungen	10
2.6.	Verbindlichkeiten	11
2.6.1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.....	12
2.6.2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	12
2.6.3.	Sonstige Verbindlichkeiten	12
2.7.	Passive Rechnungsabgrenzung	12
2.7.1.	Transitorische Posten.....	12
3.	ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG.....	13
3.1.	Umsatzerlöse.....	13
3.2.	Sonstige betriebliche Erträge	13
3.3.	Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen	13
3.4.	Personalaufwand	13
3.5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	14
3.6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	14
3.7.	Betriebsergebnis	14
3.8.	Finanzergebnis	14
3.9.	Steuern vom Einkommen und Ertrag.....	14
3.10.	Zuweisung zu zweckgewidmeten Rücklagen	14
3.11.	Jahresgewinn.....	15
4.	Sonstige Angaben.....	16
4.1.	Organe der Gesellschaft.....	16
4.2.	Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.....	17

1. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Zum Jahresabschluss per 31.12.2020 wurde die bisherigen angewandten Bewertungsmethoden beibehalten.

1.1. Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten.

Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde dadurch Rechnung getragen, dass nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohende Verluste wurden berücksichtigt.

Der Bund hat gem. § 3. BGBl. 372/1990 (in der Fassung BGBl. 252/1993) der Gesellschaft die Kosten des MuseumsQuartier sowie den daraus erwachsenden Personal- und Sachaufwand nach einem von der Gesellschaft im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen und dem Bundeskanzleramt (vormals zuständig: BM f. Bildung, Wissenschaft und Kultur) zu erstellenden jährlichen Finanzplan zu ersetzen. Gem § 3 Abs 2 BGBl. 372/1990 ist die Forderung der Gesellschaft an den Bund auf Kostenersatz höchstens mit jenem Betrag in die Jahresabschlüsse der Gesellschaft einzusetzen, der sich nach Abzug eigener Einnahmen von den Kosten des MuseumsQuartier ergibt.

In den Jahresabschlüssen bis zum 31.03.2000 wurden die Finanzierungsbeiträge des Bundes als erhaltene Anzahlung passiviert. Diese Vorgangsweise war begründet, da bis zu diesem Zeitpunkt die Kosten der Errichtungsphase noch nicht exakt erfassbar waren. Im Jahresabschluss zum 31.03.2001 wurden erstmalig Forderungen an den Bund aus dem Titel der Kostenersatzpflicht eingesetzt und mit den erhaltenen Anzahlungen saldiert. Die an Dritte weiterzuverrechnenden Leistungen blieben außer Ansatz. Die Kostenersätze betreffend Anlagevermögen wurden als Investitionszuschüsse ausgewiesen. Die übrigen Kostenersätze sind in der G & V ausgewiesen. Im vorliegenden Jahresabschluss zum 31.12.2020 wird die im Jahr 2001 gewählte Bilanzierungsweise beibehalten.

Nachdem zum 31.12.2015 das ursprüngliche Finanzierungsmodell der Gesellschaft ausgelaufen ist und korrespondierend dazu der Kredit bei der österreichischen Bundesfinanzierungsagentur vollständig getilgt wurde, erhielt die Gesellschaft ab dem Jahr 2016 eine neue Finanzierungsstrategie. Die Bundeszuschüsse betrugen im Geschäftsjahr 2020 Euro 4.330.000,00 (Vorjahr: Euro 3.740.000,00). EUR 780.000,- der Bundeszuschüsse des Geschäftsjahres 2020 dienten der Ausfinanzierung des neuen Rückkühlers. Dieser ist für die Einhaltung der Klimawerte am Areal unabdingbar und wurde im Laufe des Geschäftsjahres 2020 ausgetauscht.

1.2. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen wurde zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet, das um die linearen planmäßigen Abschreibungen, die der voraussichtlichen Nutzungsdauer entsprechen, vermindert wurde. Die geringwertigen Wirtschaftsgüter bis zu einem Wert von € 800.- wurden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

1.2.1. Immaterielle Vermögensgegenstände

Als Nutzungsdauer wird ein Zeitraum von 3 bis 5 Jahren zugrunde gelegt. Außerplanmäßige Abschreibungen wurden nicht vorgenommen.

1.2.2. Sachanlagevermögen

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich der bisher aufgelaufenen und im Berichtsjahr 2020 planmäßig fortgeführten Abschreibungen bewertet. Zur Ermittlung der Abschreibungssätze wird generell die lineare Abschreibungsmethode gewählt.

Der Rahmen der Nutzungsdauer beträgt für die einzelnen Anlagegruppen:

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremdem Grund: 25 Jahre bzw. die Restnutzungsdauer

Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung: von 3 bis 10 Jahren.

Geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne des § 13 EStG 1988 werden im Zugangsjahr jeweils voll abgeschrieben und sind in der Entwicklung des Anlagevermögens als Zugang und Abgang ausgewiesen.

1.3. Vorräte

Die Bewertung der Vorräte erfolgte zu Anschaffungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips.

1.4. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt. Im Falle erkennbarer Einzelrisiken wird der niedrigere beizulegende Wert angesetzt.

1.5. Rückstellungen

In den Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle im Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und der Höhe und dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich sind.

1.6. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

2. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ**2.1. Anlagevermögen**

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Jahresabschreibung nach einzelnen Posten ist im Anlagenspiegel (Beilage 1 zum Anhang) dargestellt.

2.1.1. Immaterielle Vermögenswerte

Als immaterielle Vermögensgegenstände sind Lizenzen, Nutzungsrechte und Software ausgewiesen. Im Bereich der immateriellen Vermögensgegenstände wurden planmäßige Abschreibungen in der Höhe von Euro 77.793,06 (Vorjahr Euro 77.896,87) vorgenommen.

2.1.2. Sachanlagen

Im Bereich des Sachanlagevermögens wurden nutzungsbedingte Abschreibungen in der Höhe von Euro 6.762.802,77 (Vorjahr Euro 6.372.702,38) vorgenommen.

2.2. Umlaufvermögen**2.2.1. Vorräte**

Die Bewertung der Vorräte erfolgt nach dem gleitenden Durchschnittspreisverfahren. Die Vorräte werden mit Euro 214.750,60 (Vorjahr Euro 168.530,21) ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2020 erfolgt keine Wertberichtigung von Vorräten.

2.2.2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Fristigkeit der Forderungen stellt sich wie folgt dar:

	Summe		davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	
	31.12.2020 Euro	Vorjahr Euro	31.12.2020 Euro	Vorjahr Euro
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	328.352,79	459.755,11	0,00	0,00
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	4.782.316,12	5.049.718,08	4.200.000,00	4.200.000,00
Summe	5.110.668,91	5.509.473,19	4.200.000,00	4.200.000,00

2.2.3. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben eine durchschnittliche Laufzeit von einem Monat.

Der Stand der Einzelwertberichtigungen beträgt zum 31.12.2020 Euro 1.620,17 (Vorjahr Euro 6.350,83).

2.2.4. Sonstige Forderungen

Die sonstigen Forderungen bestehen im Wesentlichen aus Forderungen gegenüber der Republik, der Hausverwaltung, dem Finanzamt und der Stadt Wien.

Die Forderung gegenüber der Republik beträgt zum 31.12.2020 analog zum Vorjahr Euro 4.200.000,00 und ergibt sich durch die vorhandene Kostenersatzpflicht des Bundes in Zusammenhang mit dem Bau der MQ Libelle. Es handelt sich um den fremdfinanzierten Anteil der Baukosten, welche der Gesellschaft seitens des Bundes noch nicht ersetzt wurden. Der Forderung gegenüber der Republik steht auf der Passivseite in selber Höhe die Verbindlichkeit gegenüber der österreichischen Bundesfinanzierungsagentur gegenüber. Aus der Kostenersatzpflicht seitens der Republik für das laufende Geschäftsjahr 2020 ergeben sich keine offenen Forderungen.

In den sonstigen Forderungen ist ebenso eine Pensionsversicherung für die Geschäftsführung in der Höhe von Euro 6.765,13 enthalten, die Ende September 2021 planmäßig getilgt wird.

Entwicklung Kostenersatzpflicht Bund:

	Stand 31.12.2020 Euro	Stand 31.12.2019 Euro
Kostenersatz gemäß BGBI 372/1990 und 252/1993	4.200.000,00	0,00
Zugang Anlagevermögen	2.205.467,41	4.902.019,34
aws Investitionsprämie	-9.478,04	
Verlustabdeckung	3.736.763,87	2.964.404,82
Zuweisung zweckgewidmete Rücklage	0,00	73.575,84
Auflösung zweckgewidmete Rücklage	-1.602.753,24	0,00
Zuzahlungen Bund	-4.330.000,00	-3.740.000,00
Forderung gegenüber Republik	4.200.000,00	4.200.000,00

2.3. Aktive Rechnungsabgrenzung

2.3.1. Transitorische Posten

Die transitorischen Posten werden mit Euro 57.931,40 (Vorjahr Euro 104.139,94) ausgewiesen und umfassen alle Ausgaben, die erst im folgenden Geschäftsjahr im Sinne einer periodenreinen Gewinnermittlung aufwandswirksam verrechnet werden. Diese betreffen insbesondere die Versicherungen und Betriebskosten.

2.4. Eigenkapital

2.4.1. Stammkapital

Das Stammkapital beträgt Euro 363.364,00 davon ist die ausstehende Einlage in der Höhe von Euro 181.682,00 noch nicht eingefordert.

2.4.2. Gewinnrücklagen

Es handelt sich hierbei um eine zweckgewidmete Rücklage für zukünftige Projekte.

Zusammensetzung und Entwicklung:

Stand 01.01.2020	4.159.773,73
Zuweisung zweckgewidmete Rücklage	
Auflösung zweckgewidmete Rücklage	-1.602.753,24
Stand 31.12.2020	2.557.020,49

Im Geschäftsjahr 2020 wurde die zweckgewidmete Rücklage für das Bauprojekt MQ Libelle um Euro 1.602.753,24 verbraucht und beträgt per 31.12.2020 Euro 2.557.020,49. Sie steht in den kommenden Jahren zusätzlich zu den laufenden Budgets im Rahmen der Regeln des Gesellschaftsvertrages zur Verfügung und dient zur Realisierung angedachter Projekte.

2.4.3. Investitionszuschüsse aus öffentlichen Mitteln

Zusammensetzung und Entwicklung:

	Stand 31.12.2020 Euro	Stand 31.12.2019 Euro
Investitionszuschüsse des Bundes	43.661.808,78	45.213.663,72
Zugang Anlagevermögen	2.205.467,41	4.902.019,34
Auflösung Abschreibung und Abgang	-6.851.910,85	-6.453.874,28
	39.015.365,34	43.661.808,78

2.5. Rückstellungen

2.5.1. Rückstellungen für Abfertigungen

Die Rückstellungen für Abfertigungen wurden gemäß den Vorgaben des Rechnungslegungsänderungsgesetzes 2014 nach finanzmathematischen Grundsätzen 2016 erstmals neu bewertet. Es wurden per 31.12.2020 durchschnittliche Gehaltssteigerungen laut AFRAC in Höhe von 2,5% berücksichtigt und ein Rechnungszinssatz von 1,6% herangezogen (Vorjahr: Gehaltssteigerungen 2,5% und Rechnungszinssatz 2%). Der gewählte Rechnungszinssatz entspricht gemäß AFRAC 27 einem Durchschnittszinssatz von sieben Jahren für Anleihen mit einer Restlaufzeit von 15 Jahren und leitet sich von der deutschen Bundesbank ab.

Es wird von einem durchschnittlichen Pensionsalter von 65 Jahren bei Frauen und 65 Jahren bei Männern ausgegangen. Zum 31.12.2020 betragen die Rückstellungen für Abfertigungen Euro 45.954,40 (Vorjahr Euro 42.450,19).

2.5.2. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen bestehen aus folgenden Positionen:

	Stand 01.01.2020	Verbrauch	Auflösung	Zuweisung	Stand 31.12.2020
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
Gleitzeitguthaben	10.059,36	10.059,36	-	4.227,58	4.227,58
Urlaub	172.150,83	73.681,29	-	40.525,54	138.995,08
SZ+Prämien	2.732,31	2.732,31	-	2.766,35	2.766,35
Prüfungs-/ Beratungskosten	21.510,00	19.860,00	-	22.000,00	23.650,00
Instandhaltung, Instandsetzung	-	-	-	720.313,17	720.313,17
Betriebskosten- risiko	566.701,45	103.795,39	212.906,06	-	250.000,00
Ausstehende Rechnungen	37.800,00	37.300,00	500,00	12.000,00	12.000,00
	810.953,95	247.428,35	213.406,06	801.832,64	1.151.952,18

Die Rückstellung für unverbrauchte Urlaube wurde zum 31.12.2020 wie im Vorjahr mit einem Teiler von 18 (Basis 5 Tage Woche) bewertet.

Laut Seiser Gutachten wurde für das Geschäftsjahr 2020 ein Instandhaltungs- und Instandsetzungsaufwand in Höhe von Euro 1.133.041,00 errechnet. Aufgrund der Corona Krise, sowie des dringend notwendigen Austausches des Rückkühlers wurden Im Geschäftsjahr 2020 insgesamt nur Euro 412.727,83 für Instandhaltungs- und Instandsetzungsaufwendungen aufgebracht. Der Differenzbetrag von Euro 720.313,17 wurde der Rückstellung für Instandhaltung und Instandsetzung zugeführt.

Im Geschäftsjahr 2020 erfolgte die noch ausstehende Aufrollung einiger Betriebskostenpositionen mit dem Leopold und dem mumok, wodurch ein Verbrauch der Rückstellung für Betriebskostenrisiken in Höhe von Euro 103.795,39 stattfand. Da somit alle Forderungen in Zusammenhang mit der Neufestsetzung des Betriebskostenverteilungsschlüssels abgegolten sind, wurde die restliche dafür vorgesehene Rückstellung in Höhe von Euro 212.906,06 aufgelöst. Ungeklärt ist allerdings seit 2018 ein Mehrverbrauch an Strom, Kälte und Heizung seitens des Leopold Museums. Die Ursache hierfür konnte im Geschäftsjahr 2020 nicht abschließend geklärt werden. Für den Fall, dass der hohe Verbrauch einem Verschulden der MuseumsQuartier E+B GesmbH zuzuordnen ist, wurde die Rückstellung in Höhe von Euro 250.000 aus Betriebskostenrisiken fortgeführt.

2.6. Verbindlichkeiten

Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten gemäß § 225 Abs. 6 und § 237 Abs.1 Z 5 UGB stellt sich folgendermaßen dar:

		Restlaufzeit			
		Summe Euro	bis 1 Jahr Euro	1 bis 5 Jahre Euro	über 5 Jahre Euro
Verbindlichkeiten ggü.					
Kreditinstituten	31.12.2020	58.214,72	32.642,64	25.572,08	0,00
	Vorjahr	88.616,76	31.684,95	56.931,81	0,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen					
	31.12.2020	1.154.388,80	1.103.322,05	4.317,56	46.749,19
	Vorjahr	2.039.456,55	2.040.474,88	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten					
	31.12.2020	4.525.495,37	385.497,49	448.408,00	3.691.589,88
	Vorjahr	4.579.795,79	4.578.777,46	0,00	0,00
Summe	31.12.2020	5.738.098,89	1.521.462,18	478.297,64	3.738.339,07
Summe	Vorjahr	6.707.869,10	6.650.937,29	56.931,81	0,00

2.6.1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten resultieren aus der Aufnahme des Wohnungssanierungsdarlehens bei der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien, welches mit Umlaufbeschluss des AR am 28.03.2007 genehmigt wurde.

2.6.2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben eine durchschnittliche Laufzeit von einem Monat. Die vorhandenen Hatfrücklässe haben eine Laufzeit von 1 bis 7 Jahren.

2.6.3. Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen aus der Verbindlichkeit gegenüber der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur für den fremdfinanzierten Baukostenanteil der MQ Libelle in Höhe von Euro 4.199.599,88, sowie aus erhaltenen Mieterkautionen und Verbindlichkeiten aus der Gehaltsverrechnung 12/2020. Die Finanzierung bei der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur wurde per 30.10.2020 von einem zinsfreien Kassengeschäft in ein langfristiges Rahmendarlehen umgewandelt, deren Refinanzierung über einzelne Anleihetranche der Republik Österreich erfolgt. Die Gesellschaft führt das Darlehen gegenüber der ÖBFA entsprechend den Tilgungsplänen der zugrunde gelegten Anleihen bis 2044 zurück.

2.7. Passive Rechnungsabgrenzung**2.7.1. Transitorische Posten**

Die transitorischen Posten auf der Passivseite werden mit Euro 239.375,98 (Vorjahr Euro 293.832,36) ausgewiesen und umfassen alle Erlöse, die erst im folgenden Geschäftsjahr im Sinne einer periodenreinen Gewinnermittlung aufwandswirksam verrechnet werden. Diese betreffen insbesondere die kurzfristigen Mieterlöse.

3. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

3.1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse betragen im Geschäftsjahr 2020 Euro 6.346.627,09 (Vorjahr: Euro 8.184.695,97). Aufgrund der Corona Krisen kam es zu massiven Umsatzeinbrüchen, insbesondere im Bereich der kurzfristigen Vermietung, sowie der Shoperlöse.

3.2. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen Euro 9.726.953,71 (Vorjahr: Euro 9.961.028,57) und bestehen im Wesentlichen aus der Auflösung der Investitionszuschüsse (Euro 6.851.910,85), sowie aus dem Kostenersatz des Bundes gemäß BGBL. 352/1990 (Verlustabdeckung). Die Verlustabdeckung seitens des Bundes beträgt im Geschäftsjahr 2020 Euro 3.736.763,87 (Vorjahr: Euro 2.964.404,82). Der Kostenersatz des Bundes reduziert sich um die Auflösung der zweckgewidmeten Rücklage in Höhe von Euro 1.602.753,24 auf insgesamt Euro 2.134.010,63. Im Vorjahr erfolgte eine Dotierung der zweckgewidmeten Rücklage in Höhe von Euro 73.575,84.

3.3. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen

Der Materialaufwand und die Aufwendungen für sonstige bezogene Herstellungsleistungen betragen im Geschäftsjahr 2020 Euro 5.816.634,78 (Vorjahr: Euro 6.105.761,15), wobei Euro 122.945,83 (Vorjahr: Euro 249.887,04) auf den Materialaufwand (Handelswareneinsatz MQ Point und MQ Möbelverkauf) und Euro 5.693.688,95 (Vorjahr: 5.855.874,11) auf die sonstigen bezogenen Herstellungsleistungen (Leistungen in Zusammenhang mit der kurz- und langfristigen Vermietung) entfallen. Die sonstigen bezogenen Leistungen umfassen auch den Instandhaltungs- / Instandsetzungsaufwand laut Seiser Gutachten, sowie Aufwendungen für Modernisierungen und Erneuerungen, die im Rahmen der Erhaltung der Gebäude anfallen (insbesondere den Tausch des Rückkühlers). Aufgrund der Corona Krise und des damit verbundenen Umsatzeinbruches im MQ Point fällt der Handelswareneinsatz im Geschäftsjahr 2020 niedriger aus. Außerdem fiel im Geschäftsjahr 2020 deutlich weniger Arealaufwand an.

3.4. Personalaufwand

Der Personalaufwand beträgt im Geschäftsjahr 2020 Euro 2.433.987,53 (Vorjahr: Euro 2.728.289,03). In dieser Summe sind Kurzarbeitsbeihilfen in Höhe von Euro 154.835,30 inkludiert.

3.5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die planmäßigen Abschreibungen betragen im Geschäftsjahr 2020 Euro 6.840.595,83 (Vorjahr: Euro 6.450.599,25). Der Anstieg im Vorjahresvergleich erklärt sich durch die Aktivierung der MQ Libelle samt öffentlicher Terrasse im 2. Halbjahr 2020. Im Geschäftsjahr 2020 wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorgenommen.

3.6. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen im Geschäftsjahr 2020 Euro 2.583.586,05 (Vorjahr: Euro 2.786.535,37). Aufgrund der Corona Krise fielen deutlich weniger Aufwendungen für Eigenveranstaltungen an.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen bestehen im Wesentlichen aus Kosten für allgemeine Instandhaltungen und Reinigung, Marketingkosten, Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten, Wartung und aus Aufwendungen für das Künstlerstudioprogramm Quartier21.

3.7. Betriebsergebnis

Das Betriebsergebnis ist negativ und beträgt Euro 1.601.003,24 (Vorjahr Euro 74.539,74).

3.8. Finanzergebnis

Das finanzielle Ergebnis ist im Geschäftsjahr 2020 positiv und beträgt Euro 220,15. (Vorjahr: Euro 786,10).

3.9. Steuern vom Einkommen und Ertrag

Im Geschäftsjahr 2020 wurde „Mindestkörperschaftssteuer“ in Höhe von Euro 1.750,00 entrichtet.

3.10. Auflösung von zweckgewidmeten Rücklagen

Im Geschäftsjahr 2020 erfolgte eine Auflösung der zweckgewidmeten Rücklage für zukünftige Projekte in Höhe von Euro 1.602.753,24. Insgesamt beträgt die zweckgewidmete Rücklage zum 31.12.2020 Euro 2.557.020,49. Sie steht in den kommenden Jahren zusätzlich zu den laufenden Budgets im Rahmen der Regeln des Gesellschaftsvertrages zur Verfügung und dient zur Realisierung angedachter Projekte.

3.11. Jahresgewinn

Das Betriebsergebnis, das Finanzergebnis, die entrichtete Mindestkörperschaftssteuer, sowie die Zuweisung der zweckgewidmeten Rücklage saldieren sich gesamt zu einem Jahresgewinn von Euro 0,00.

4. Sonstige Angaben

4.1. Organe der Gesellschaft

Zum Bilanzstichtag waren 49 Angestellte und 1 Arbeiter beschäftigt (inklusive Geschäftsführung, ohne freie Dienstnehmer), davon 2 als Hausbesorger. Im Jahr 2020 waren ohne Geschäftsführung durchschnittlich 39 Vollzeitäquivalente beschäftigt (inklusive Geschäftsführung 40 Vollzeitäquivalente).

I Selbständiger vertretungsberechtigter Geschäftsführer

Dr. Christian Strasser, MBA

II Prokuristen

Catherine Korwik

Mag. Silke Raßmann

Mag. Nina Wenko

III Aufsichtsrat

RA Mag. Martina Flitsch bis 17.12.2020

Mag. Nikolaus Gretzmacher, MBA (Vorsitzender) bis 17.12.2020

Dr. Claudia Hass ab 17.12.2020

Mag. Daniel Löcker (2. Stellvertreter der Vorsitzenden)

Mag. Helene Kanta (1. Stellvertreterin des Vorsitzenden)

Stefan Loicht ab 17.12.2020

Dr. Anton Matzinger

Mag. Peter Menasse (Vorsitzender ab 17.12.2020)

Burghauptmann HR Reinhold Sahl ab 17.12.2020

AR Norbert Schindler

Maryrose Sutterlüty M.A. bis 17.12.2020

vom Betriebsrat wurden folgende Mitglieder delegiert:

Semler Matthias

Schieferdecker Monika

IV Generalversammlung

03. November 2020

V Aufsichtsratssitzungen

27. April 2020, 10. Juni 2020, 16. September 2020,
22. Oktober 2020, 17. Dezember 2020

4.2. Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag sind keine wesentlichen Ereignisse eingetreten.

Die massiven Umsatzeinbrüche aufgrund der Corona Krise konnten im Geschäftsjahr 2020 durch die Inanspruchnahme des Kurzarbeitsmodells, durch sparsame Gebarung und verminderte Aufwendungen aufgrund des deutlich reduzierten Programms an Eigenveranstaltungen, aus eigener Kraft und ohne Inanspruchnahme zusätzlicher Budgetzuschüsse ausgeglichen werden.

Aufgrund des Fortbestandes der Corona Krise und den damit verbundenen Einschränkungen des laufenden Betriebes der Gesellschaft ist im Geschäftsjahr 2021 von Umsatzeinbrüchen in den Bereichen: Erlöse aus kurzfristiger Vermietung, Shopperlöse und Ticketingerlöse in ähnlichem Ausmaß wie im Geschäftsjahr 2020 auszugehen.

Wien, 04. März 2021

Dr. Christian Strasser, MBA

	Entwicklung zu Anschaffungs- und Herstellungskosten				Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte		
	Stand 01.01.2020 €	Zugang €	Umbuchung €	Abgang €	Stand 31.12.2020 €	Stand 01.01.2020 €	Zugang €	Abgang €	Zuschreibung €	Stand 31.12.2020 €	Stand 31.12.2019 €	Stand 31.12.2020 €
A. Anlagevermögen												
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Vorteile sowie daraus abgeleitete Lizenzen	663.308,69	7.907,28	9.030,44	0,00	680.246,41	544.412,16	77.793,06	0,00	0,00	622.205,22	118.896,53	58.041,19
2. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	9.030,44	0,00	-9.030,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	9.030,44	0,00
	672.339,13	7.907,28	0,00	0,00	680.246,41	544.412,16	77.793,06	0,00	0,00	622.205,22	127.926,97	58.041,19
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremdem	141.246.844,35	1.583.616,20	6.169.521,63	0,00	148.999.982,18	105.702.547,01	6.135.661,50	0,00	0,00	111.838.208,51	35.544.297,34	37.161.773,67
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.495.710,46	609.783,93	172.741,79	89.256,93	11.188.979,25	8.869.128,29	627.141,27	80.078,91	0,00	9.416.190,65	1.626.582,17	1.772.788,60
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	6.550.050,81	4.160,00	-6.342.263,42	2.137,00	209.810,39	187.048,51	0,00	0,00	0,00	187.048,51	6.363.002,30	22.761,88
	158.292.605,62	2.197.560,13	0,00	91.393,93	160.398.771,82	114.758.723,81	6.762.802,77	80.078,91	0,00	121.441.447,67	43.533.881,81	38.957.324,15
SUMME ANLAGENSPIEGEL	158.964.944,75	2.205.467,41	0,00	91.393,93	161.079.018,23	115.303.135,97	6.840.595,83	80.078,91	0,00	122.063.652,89	43.661.808,78	39.015.365,34

Betriebswirtschaftliche Darstellungen

MuseumsQuartier Errichtungs- und BetriebsgesmbH

1. Wirtschaftliche Verhältnisse

Geringfügige Unterschiede können sich durch etwaige Rundungsdifferenzen ergeben.

1.1. Vermögenslage

	31.12.2020 T€	%	31.12.2019 T€	%	+/- T€	%
Aktiva						
langfristig gebundene Mittel						
Anlagevermögen						
Immaterielles Vermögen	58	0,1	128	0,2	-70	-54,6
Sachanlagen	38.957	79,6	43.534	77,9	-4.577	-10,5
	39.015	79,7	43.662	78,2	-4.646	-10,6
langfristiges Umlaufvermögen						
sonstige Forderungen	4.200	8,6	4.200	7,5	0	0,0
	43.215	88,3	47.862	85,7	-4.646	-9,7
kurzfristig gebundene Mittel						
kurzfristiges Umlaufvermögen						
Vorräte	215	0,4	169	0,3	46	27,4
Lieferforderungen	328	0,7	460	0,8	-131	-28,6
sonstige Forderungen	582	1,2	850	1,5	-267	-31,5
flüssige Mittel	4.531	9,3	6.414	11,5	-1.884	-29,4
	5.656	11,6	7.892	14,1	-2.236	-28,3
Rechnungsabgrenzungsposten	58	0,1	104	0,2	-46	-44,4
	5.714	11,7	7.997	14,3	-2.282	-28,5
Summe Aktiva	48.929	100,0	55.858	100,0	-6.929	-12,4

Betriebswirtschaftliche Darstellungen

MuseumsQuartier Errichtungs- und BetriebsgesmbH

Passiva

eigene Mittel

Eigenkapital						
Stammkapital	182	0,4	182	0,3	0	0,0
Gewinnrücklagen	2.557	5,2	4.160	7,5	-1.603	-38,5
	<u>2.739</u>	<u>5,6</u>	<u>4.341</u>	<u>7,8</u>	<u>-1.603</u>	<u>-36,9</u>
Investitionszuschüsse	39.015	79,7	43.662	78,2	-4.646	-10,6
	<u>41.754</u>	<u>85,3</u>	<u>48.003</u>	<u>85,9</u>	<u>-6.249</u>	<u>-13,0</u>

fremde Mittel

langfristiges Fremdkapital						
langfristige Rückstellungen	46	0,1	42	0,1	4	8,3
Verbindlichkeiten gegenüber						
Kreditinstituten	26	0,1	57	0,1	-31	-55,1
Lieferverbindlichkeiten	51	0,1	0	0,0	51	k. A.
sonstige Verbindlichkeiten	4.140	8,5	0	0,0	4.140	k. A.
	<u>4.263</u>	<u>8,7</u>	<u>99</u>	<u>0,2</u>	<u>4.163</u>	<u>>999,9</u>
kurzfristiges Fremdkapital						
kurzfristige Rückstellungen	1.152	2,4	811	1,5	341	42,1
Verbindlichkeiten gegenüber						
Kreditinstituten	33	0,1	32	0,1	1	3,0
Lieferverbindlichkeiten	1.103	2,3	2.039	3,7	-936	-45,9
sonstige Verbindlichkeiten	385	0,8	4.580	8,2	-4.194	-91,6
Rechnungsabgrenzungsposten	239	0,5	294	0,5	-54	-18,5
	<u>2.913</u>	<u>6,0</u>	<u>7.756</u>	<u>13,9</u>	<u>-4.843</u>	<u>-62,4</u>
	<u>7.175</u>	<u>14,7</u>	<u>7.855</u>	<u>14,1</u>	<u>-680</u>	<u>-8,7</u>
Summe Passiva	<u><u>48.929</u></u>	<u><u>100,0</u></u>	<u><u>55.858</u></u>	<u><u>100,0</u></u>	<u><u>-6.929</u></u>	<u><u>-12,4</u></u>

1.2. Ertragslage

	2020 T€	%	2019 T€	%	+/- T€	%
Umsatzerlöse	6.347	100,0	8.185	100,0	-1.838	-22,5
Betriebsleistung	6.347	100,0	8.185	100,0	-1.838	-22,5
Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen	-5.817	91,7	-6.106	74,6	289	4,7
Rohrertrag	530	8,4	2.079	25,4	-1.549	-74,5
Personalaufwand	-2.434	38,4	-2.728	33,3	294	10,8
Abschreibungen	-6.841	107,8	-6.451	78,8	-390	-6,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.584	40,7	-2.787	34,1	203	7,3
sonstige betriebliche Erträge	9.727	153,3	9.961	121,7	-234	-2,4
Betriebsergebnis	-1.601	-25,2	75	0,9	-1.676	k. A.
Finanzerträge	0	0,0	1	0,0	-1	-67,9
Finanzaufwendungen	0	0,0	0	0,0	0	26,7
Finanzergebnis	0	0,0	1	0,0	-1	-72,0
Jahresüberschuss	-1.601	-25,2	75	0,9	-1.676	k. A.
Steuern vom Einkommen	-2	0,0	-2	0,0	0	0,0
Jahresfehlbetrag/-überschuss	-1.603	-25,3	74	0,9	-1.676	k. A.
Veränderung von Rücklagen	1.603	25,3	-74	-0,9	1.676	k. A.
Jahresgewinn	0	0,0	0	0,0	0	0,0

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB 2018)

Empfohlen vom Vorstand der Kammer der Steuerberater und
Wirtschaftsprüfer zuletzt mit Beschluss vom 18.04.2018

Präambel und Allgemeines

(1) Auftrag im Sinne dieser Bedingungen meint jeden Vertrag über vom zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigten in Ausübung dieses Berufes zu erbringende Leistungen (sowohl faktische Tätigkeiten als auch die Besorgung oder Durchführung von Rechtsgeschäften oder Rechtshandlungen, jeweils im Rahmen der §§ 2 oder 3 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017). Die Parteien des Auftrages werden in Folge zum einen „Auftragnehmer“, zum anderen „Auftraggeber“ genannt).

(2) Diese Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe gliedern sich in zwei Teile: Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Aufträge, bei denen die Auftragserteilung zum Betrieb des Unternehmens des Auftraggebers (Unternehmer iSd KSchG) gehört. Für Verbrauchergeschäfte gemäß Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGBl Nr.140 in der derzeit gültigen Fassung) gelten sie insoweit der II. Teil keine abweichenden Bestimmungen für diese enthält.

(3) Im Falle der Unwirksamkeit einer einzelnen Bestimmung ist diese durch eine wirksame, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

I. TEIL

1. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Der Umfang des Auftrages ergibt sich in der Regel aus der schriftlichen Auftragsvereinbarung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Fehlt diesbezüglich eine detaillierte schriftliche Auftragsvereinbarung gilt im Zweifel (2)-(4):

(2) Bei Beauftragung mit Steuerberatungsleistungen umfasst die Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie Umsatzsteuer und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden oder (bei entsprechender Vereinbarung) vom Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise. Wenn nicht ausdrücklich anders vereinbart, sind die für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise vom Auftraggeber beizubringen.

b) Prüfung der Bescheide zu den unter a) genannten Erklärungen.

c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.

d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

e) Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Erhält der Auftragnehmer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(3) Soweit die Ausarbeitung von einer oder mehreren Jahressteuererklärung(en) zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden insbesondere umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche Beauftragung.

(4) Die Verpflichtung zur Erbringung anderer Leistungen gemäß §§ 2 und 3 WTBG 2017 bedarf jedenfalls nachweislich einer gesonderten Beauftragung.

(5) Vorstehende Absätze (2) bis (4) gelten nicht bei Sachverständigentätigkeit.

(6) Es bestehen keinerlei Pflichten des Auftragnehmers zur Leistungserbringung, Warnung oder Aufklärung über den Umfang des Auftrages hinaus.

(7) Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages geeigneter Mitarbeiter und sonstiger Erfüllungsgehilfen (Subunternehmer) zu bedienen, als auch sich bei der Durchführung des Auftrages durch einen Berufsbefugten substituieren zu lassen. Mitarbeiter im Sinne dieser Bedingungen meint alle Personen, die den Auftragnehmer auf regelmäßiger oder dauerhafter Basis bei seiner betrieblichen Tätigkeit unterstützen, unabhängig von der Art der rechtsgeschäftlichen Grundlage.

(8) Der Auftragnehmer hat bei der Erbringung seiner Leistungen ausschließlich österreichisches Recht zu berücksichtigen; ausländisches Recht ist nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen.

(9) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung, so ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen. Dies gilt auch für in sich abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(10) Der Auftraggeber ist verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass die von ihm zur Verfügung gestellten Daten vom Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung verarbeitet werden dürfen. Diesbezüglich hat der Auftraggeber insbesondere aber nicht ausschließlich die anwendbaren datenschutz- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

(11) Bringt der Auftragnehmer bei einer Behörde ein Anbringen elektronisch ein, so handelt er – mangels ausdrücklicher gegenteiliger Vereinbarung – lediglich als Bote und stellt dies keine ihm oder einem einreichend Bevollmächtigten zurechenbare Willens- oder Wissenserklärung dar.

(12) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Personen, die während des Auftragverhältnisses Mitarbeiter des Auftragnehmers sind oder waren, während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Auftragnehmer verpflichtet.

2. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Auftragnehmer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen zum vereinbarten Termin und in Ermangelung eines solchen rechtzeitig in geeigneter Form vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Auftragnehmers bekannt werden.

(2) Der Auftragnehmer ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und dem Auftrag zu Grunde zu legen. Der Auftragnehmer ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Insbesondere gilt dies auch für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Rechnungen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu wahren.

(3) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen.

(4) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit diese Risiken schlagend werden keinerlei Ersatzpflichten.

(5) Vom Auftragnehmer angegebene Termine und Zeitpläne für die Fertigstellung von Produkten des Auftragnehmers oder Teilen davon sind bestmögliche Schätzungen und, sofern nicht anders schriftlich vereinbart, nicht bindend. Selbiges gilt für etwaige Honorarschätzungen: diese werden nach bestem Wissen erstellt; sie sind jedoch stets unverbindlich.

(6) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer jeweils aktuelle Kontaktdaten (insbesondere Zustelladresse) bekannt zu geben. Der Auftragnehmer darf sich bis zur Bekanntgabe neuer Kontaktdaten auf die Gültigkeit der zuletzt vom Auftraggeber bekannt gegebenen Kontaktdaten verlassen, insbesondere Zustellung an die zuletzt bekannt gegebene Adresse vornehmen lassen.

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Auftragnehmers gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass seine hierfür notwendigen personenbezogenen Daten sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nicht- Prüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschlussgründen und Interessenkollisionen in einem allfälligen Netzwerk, dem der Auftragnehmer angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder dieses Netzwerkes auch ins Ausland übermittelt werden. Hierfür entbindet der Auftraggeber den Auftragnehmer nach dem Datenschutzgesetz und gemäß § 80 Abs 4 Z 2 WTBG 2017 ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber kann die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht jederzeit widerrufen.

4. Berichterstattung und Kommunikation

(1) (Berichterstattung durch den Auftragnehmer) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstellen.

(2) (Kommunikation an den Auftraggeber) Alle auftragsbezogenen Auskünfte und Stellungnahmen, einschließlich Berichte, (allesamt Wissens- erklärungen) des Auftragnehmers, seiner Mitarbeiter, sonstiger Erfüllungs- gehilfen oder Substitute („berufliche Äußerungen“) sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen. Berufliche Äußerungen in elektronischen Dateiformaten, welche per Fax oder E-Mail oder unter Verwendung ähnlicher Formen der elektronischen Kommunikation (speicher- und wiedergabefähig und nicht mündlich dh zB SMS aber nicht Telefon) erfolgen, übermittelt oder bestätigt werden, gelten als schriftlich; dies gilt ausschließlich für berufliche Äußerungen. Das Risiko der Erteilung der beruflichen Äußerungen durch dazu Nichtbefugte und das Risiko der Übersendung dieser trägt der Auftraggeber.

(3) (Kommunikation an den Auftraggeber) Der Auftraggeber stimmt hiermit zu, dass der Auftragnehmer elektronische Kommunikation mit dem Auftraggeber (zB via E-Mail) in unverschlüsselter Form vornimmt. Der Auftraggeber erklärt, über die mit der Verwendung elektronischer Kommunikation verbundenen Risiken (insbesondere Zugang, Geheimhaltung, Veränderung von Nachrichten im Zuge der Übermittlung) informiert zu sein. Der Auftragnehmer, seine Mitarbeiter, sonstigen Erfüllungsgehilfen oder Substitute haften nicht für Schäden, die durch die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel verursacht werden.

(4) (Kommunikation an den Auftragnehmer) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Auftragnehmer und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung mit automatischen Anrufbeantwortungssystemen, Fax, E-Mail und anderen Formen der elektronischen Kommunikation – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Auftragnehmer nur dann als zugegangen, wenn sie auch physisch (nicht (fern-)mündlich oder elektronisch) zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Auftragnehmer gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

(5) (Allgemein) Schriftlich meint insoweit in Punkt 4 (2) nicht anderes bestimmt, Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit). Eine fortgeschrittene elektronische Signatur (Art. 26 eIDASVO, (EU) Nr. 910/2014) erfüllt das Erfordernis der Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit), soweit dies innerhalb der Parteiendisposition liegt.

(6) (Werbliche Information) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch (zB per E-Mail) übermitteln. Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass er das Recht hat, der Zusendung von Direktwerbung jederzeit zu widersprechen.

5. Schutz des geistigen Eigentums des Auftragnehmers

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Auftragnehmer erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an einen Dritten zur

(2) Die Verwendung schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Auftragnehmer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(3) Dem Auftragnehmer verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers vorbehalten.

6. Mängelbeseitigung

(1) Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervor kommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hiervon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche berufliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.

(2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Auftragnehmers bzw. – falls eine schriftliche berufliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Auftragnehmers.

(3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 7.

7. Haftung

(1) Sämtliche Haftungsregelungen gelten für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis, gleich aus welchem Rechtsgrund. Der Auftragnehmer haftet für Schäden im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis (einschließlich dessen Beendigung) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Anwendbarkeit des § 1298 Satz 2 ABGB wird ausgeschlossen.

(2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Auftragnehmers höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Die Beschränkung der Haftung gemäß Punkt 7 (2) bezieht sich auf den einzelnen Schadensfall. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als eine einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem und wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Ein einheitlicher Schaden bleibt ein einzelner Schadensfall, auch wenn er auf mehreren Pflichtverletzungen beruht. Weiters ist, außer bei vorsätzlicher Schädigung, eine Haftung des Auftragnehmers für entgangenen Gewinn sowie Begleit-, Folge-, Neben oder ähnliche Schäden, ausgeschlossen.

(4) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.

(5) Im Falle der (tatbestandsmäßigen) Anwendbarkeit des § 275 UGB gelten dessen Haftungsnormen auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen oder mehrere zum Ersatz verpflichtende Handlungen begangen worden sind und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.

(6) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.

(7) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt, so gelten mit Benachrichtigung des Auftraggebers darüber nach Gesetz oder Vertrag be- oder entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Auftragnehmer haftet, un- beschadet Punkt 4. (3), diesfalls nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

(8) Eine Haftung des Auftragnehmers Dritten gegenüber ist in jedem Fall ausgeschlossen. Geraten Dritte mit der Arbeit des Auftragnehmers wegen des Auftraggebers in welcher Form auch immer in Kontakt hat der Auftraggeber diese über diesen Umstand ausdrücklich aufzuklären. Soweit

ein solcher Haftungsausschluss gesetzlich nicht zulässig ist oder eine Haftung gegenüber Dritten vom Auftragnehmer ausnahmsweise übernommen wurde, gelten subsidiär diese Haftungsbeschränkungen jedenfalls auch gegenüber Dritten. Dritte können jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuverkommen befriedigt. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer und dessen Mitarbeiter von sämtlichen Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit der Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an diese Dritte schad- und klaglos halten.

(9) Punkt 7 gilt auch für allfällige Haftungsansprüche des Auftraggebers im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis gegenüber Dritten (Erfüllungs- und Besorgungshelfen des Auftragnehmers) und den Substituten des Auftragnehmers.

8. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

(1) Der Auftragnehmer ist gemäß § 80 WTBG 2017 verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.

(2) Soweit es zur Verfolgung von Ansprüchen des Auftragnehmers (insbesondere Ansprüche auf Honorar) oder zur Abwehr von Ansprüchen gegen den Auftragnehmer (insbesondere Schadenersatzansprüche des Auftraggebers oder Dritter gegen den Auftragnehmer) notwendig ist, ist der Auftragnehmer von seiner beruflichen Verschwiegenheitspflicht entbunden.

(3) Der Auftragnehmer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche berufliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.

(4) Der Auftragnehmer ist datenschutzrechtlich Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) hinsichtlich aller im Rahmen des Auftrages verarbeiteter personenbezogener Daten. Der Auftragnehmer ist daher befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Grenzen des Auftrages zu verarbeiten. Dem Auftragnehmer überlassene Materialien (Papier und Datenträger) werden grundsätzlich nach Beendigung der diesbezüglichen Leistungserbringung dem Auftraggeber oder an vom Auftraggeber namhaft gemachte Dritte übergeben oder wenn dies gesondert vereinbart ist vom Auftragnehmer verwahrt oder vernichtet. Der Auftragnehmer ist berechtigt Kopien davon aufzubewahren soweit er diese zur ordnungsgemäßen Dokumentation seiner Leistungen benötigt oder es rechtlich geboten oder beruflich ist.

(5) Sofern der Auftragnehmer den Auftraggeber dabei unterstützt, die den Auftraggeber als datenschutzrechtlich Verantwortlichen treffenden Pflichten gegenüber Betroffenen zu erfüllen, so ist der Auftragnehmer berechtigt, den entstandenen tatsächlichen Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Gleiches gilt, für den Aufwand der für Auskünfte im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis anfällt, die nach Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht durch den Auftraggeber gegenüber Dritten diesen Dritten erteilt werden.

9. Rücktritt und Kündigung („Beendigung“)

(1) Die Erklärung der Beendigung eines Auftrags hat schriftlich zu erfolgen (siehe auch Punkt 4 (4) und (5)). Das Erlöschen einer bestehenden Vollmacht bewirkt keine Beendigung des Auftrags.

(2) Soweit nicht etwas anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung beenden. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 11.

(3) Ein Dauerauftrag (befristeter oder unbefristeter Auftrag über, wenn auch nicht ausschließlich, die Erbringung wiederholter Einzelleistungen, auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten („Beendigungsfrist“) zum Ende eines Kalendermonats beendet werden.

(4) Nach Erklärung der Beendigung eines Dauerauftrags – sind, soweit im Folgenden nicht abweichend bestimmt, nur jene einzelnen Werke vom Auftragnehmer noch fertigzustellen (verbleibender Auftragsstand), deren vollständige Ausführung innerhalb der Beendigungsfrist (grundsätzlich) möglich ist, soweit diese innerhalb eines Monats nach Beginn des Laufs der Beendigungsfrist dem Auftraggeber schriftlich im Sinne des Punktes 4 (2) bekannt gegeben werden. Der verbleibende Auftragsstand ist innerhalb der Beendigungsfrist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen

Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund vorliegt, der dies hindert.

(5) Wären bei einem Dauerauftrag mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die über 2 hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Bekanntgabe gemäß Punkt 9 (4) gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

10. Beendigung bei Annahmeverzug und unterlassener Mitwirkung des Auftraggebers und rechtlichen Ausführungshindernissen

(1) Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 2. oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Auftragnehmer zur fristlosen Beendigung des Vertrages berechtigt. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber eine (auch teilweise) Durchführung des Auftrages verlangt, die, nach begründetem Dafürhalten des Auftragnehmers, nicht der Rechtslage oder berufssüblichen Grundsätzen entspricht. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 11. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Auftragnehmer von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

(2) Bei Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ist eine fristlose Beendigung durch den Auftragnehmer gemäß Punkt 10 (1) zulässig, wenn der Auftraggeber seiner Mitwirkungspflicht gemäß Punkt 2. (1) zweimal nachweislich nicht nachkommt.

11. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Rücktritt oder Kündigung), so gebührt dem Auftragnehmer gleichwohl das vereinbarte Entgelt (Honorar), wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Auftraggebers liegen, ein bloßes Mitverschulden des Auftragnehmers bleibt diesbezüglich außer Ansatz, daran gehindert worden ist; der Auftragnehmer braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Bei Beendigung eines Dauerauftrags gebührt das vereinbarte Entgelt für den verbleibenden Auftragsstand, sofern er fertiggestellt wird oder dies aus Gründen, die dem Auftraggeber zuzurechnen sind, unterbleibt (auf Punkt 11. (1) wird verwiesen). Vereinbarte Pauschalhonorare sind gegebenenfalls zu aliquotieren.

(3) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Auftragnehmer auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Punkt 11. (1).

(4) Bei Nichteinhaltung der Beendigungsfrist gemäß Punkt 9. (3) durch den Auftraggeber, sowie bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 10. (2) durch den Auftragnehmer behält der Auftragnehmer den vollen Honoraranspruch für drei Monate.

12. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit vereinbart ist, wird jedenfalls gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Höhe und Art des Honoraranspruchs des Auftragnehmers ergeben sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen.

(2) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine Viertelstunde.

(3) Auch die Wegzeit wird im notwendigen Umfang verrechnet.

(4) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Auftragnehmers notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(5) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder auf Grund besonderer Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber darauf hinzuweisen und sind Nachverhandlungen zur Vereinbarung eines angemessenen Entgelts zu führen (auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren).

(6) Der Auftragnehmer verrechnet die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich. Beispielhaft aber nicht abschließend im Folgenden (7) bis (9):

(7) Zu den verrechenbaren Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse), Diäten, Kilometergeld, Kopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(8) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien (inkl. Versicherungssteuer) zu den Nebenkosten.

(9) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(10) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Auftragnehmern übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(11) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmergeschäften gelten Verzugszinsen in der in § 456 1. und 2. Satz UGB festgelegten Höhe.

(12) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(13) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Auftragnehmer Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

(14) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

(15) Falls bei Aufträgen betreffend die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgaben und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabenbemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä. gesondert zu honorieren. Sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.

(16) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit den im Punkt 12. (15) genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages.

(17) Der Auftragnehmer kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte) Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Bei Daueraufträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen (sowie allfälliger Vorschüsse gemäß Satz 1) verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(18) Eine Beanstandung der Arbeiten des Auftragnehmers berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur auch nur teilweisen Zurückhaltung der ihm nach Punkt 12. zustehenden Honorare, sonstigen Entgelte, Kostenersätze und Vorschüsse (Vergütungen).

(19) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Auftragnehmers auf Vergütungen nach Punkt 12. ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

13. Sonstiges

(1) Im Zusammenhang mit Punkt 12. (17) wird auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) verwiesen; wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Auftragnehmer grundsätzlich gemäß Punkt 7. aber in Abweichung dazu nur bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung.

(2) Der Auftraggeber hat keinen Anspruch auf Ausfolgung von im Zuge der Auftragsbefriedigung vom Auftragnehmer erstellten Arbeitspapieren und ähnlichen Unterlagen. Im Falle der Auftragsbefriedigung unter Einsatz elektronischer Buchhaltungssysteme ist der Auftragnehmer berechtigt, nach Übergabe sämtlicher vom Auftragnehmer auftragsbezogen damit erstellter Daten, für die den Auftraggeber eine Aufbewahrungspflicht trifft, i

in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhänder, die Daten zu löschen. Für die Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12 gilt sinngemäß). Ist eine Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format aus besonderen Gründen unmöglich oder unzumutbar, können diese ersatzweise im Vollausdruck übergeben werden. Eine Honorierung steht diesfalls dafür nicht zu.

(3) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Auftragnehmer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die der Auftraggeber in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach den für den Auftragnehmer geltenden rechtlichen Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche unterliegen. Der Auftragnehmer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Sind diese Unterlagen bereits einmal an den Auftraggeber übermittelt worden so hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12. gilt sinngemäß).

(4) Der Auftraggeber hat die dem Auftragnehmer übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Auftragnehmer nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstelle und/oder ein angemessenes Honorar in Rechnung stellen (Punkt 12. gilt sinngemäß). Die weitere Aufbewahrung kann auch auf Kosten des Auftraggebers durch Dritte erfolgen. Der Auftragnehmer haftet im Weiteren nicht für Folgen aus Beschädigung, Verlust oder Vernichtung der Unterlagen.

(5) Der Auftragnehmer ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrnehmung zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Auftragnehmers rechnen musste.

(6) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Auftragnehmer berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

14. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des nationalen Verweisungsrechts.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Auftragnehmers.

(3) Gerichtsstand ist – mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung – das sachlich zuständige Gericht des Erfüllungsortes.

II. TEIL

15. Ergänzende Bestimmungen für Verbrauchergeschäfte

(1) Für Verträge zwischen Wirtschaftstreuhandern und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes.

(2) Der Auftragnehmer haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(3) Anstelle der im Punkt 7 Abs 2 normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Auftragnehmers nicht begrenzt.

(4) Punkt 6 Abs 2 (Frist für Mängelbeseitigungsanspruch) und Punkt 7 Abs 4 (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.

(5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG:

Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Auftragnehmer dauernd benützten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Auftragnehmers sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,

1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Auftragnehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,

2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder

3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Auftragnehmern außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt.

Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Auftragnehmers enthält, dem Auftragnehmer mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird. Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug

1. der Auftragnehmer alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,

2. der Verbraucher dem Auftragnehmer den Wert der Leistungen zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen. Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.

(6) Kostenvoranschläge gemäß § 5 KSchG:

Für die Erstellung eines Kostenvoranschlages im Sinn des § 1170a ABGB durch den Auftragnehmer hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist. Wird dem Vertrag ein Kostenvoranschlag des Auftragnehmers zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.

(7) Mängelbeseitigung: Punkt 6 wird ergänzt:

Ist der Auftragnehmer nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehlendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist. Ist es für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Auftragnehmer gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.

(8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 14. (3) gilt:

Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen

ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs1 JN nur die Zuständigkeit eines Gerichtes begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.

(9) Verträge über wiederkehrende Leistungen:

(a) Verträge, durch die sich der Auftragnehmer zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichten und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.

(b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungsfrist auf höchstens sechs Monate verlängert werden.

(c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit. a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Auftragnehmers und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit. a) und b) genannten abweichende Kündigungsstermine und Kündigungsfristen vereinbart werden.

(d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.